

Rastatter Freiheitsbote



FÖRDERVEREIN
Erinnerungsstätte
für die Freiheitsbewegungen
in der deutschen Geschichte

im Schloss Rastatt, Herrenstraße 18
www.Erinnerungsstaette-Rastatt.de

22

Mai 2008

Zum Geleit

Liebe Vereinsmitglieder!

Ich freue mich, Ihnen die 22. Ausgabe unseres Freiheitsboten vorlegen zu können! Erneut erstatten wir Ihnen Bericht aus der Arbeit für Freiheit und Demokratie.

Diese 22. Ausgabe des Freiheitsboten ist ganz dem Bundesarchiv, d.h. der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und deren Neugestaltung mit dem Schwerpunkt „Freiheitsbewegungen in der DDR“ gewidmet. Die neu gestaltete Ausstellung soll im Herbst 2009 – also zum 20. Jahrestag des Mauerfalls – der Öffentlichkeit präsentiert werden. Auch unsere Jahresversammlung am 3. April 2008 stand ganz unter diesem Thema.

Der Förderverein der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte dankt vor allem dem Präsidenten des Bundesarchivs, Herrn Prof. Dr. H. Weber und seinen Mitarbeitern, Herrn Dr. H. Pahl und Frau Dr. I. Schwanke, für ihre Vorträge bei unserer Jahresversammlung und ihr hohes Engagement für die Neugestaltung der Erinnerungsstätte!

Dem Freiheitsboten liegt die Selbstdarstellungsbroschüre des Bundesarchivs bei. Auch dafür sei Herrn Professor Weber herzlich gedankt!

Freundlich grüßt Sie
Ihre Gerlinde Hämmerle, Vorsitzende



Dr. H. Pahl, Leiter der Erinnerungsstätte, Prof. Dr. H. Weber, Präsident des Bundesarchivs, H.J. Pütsch, Oberbürgermeister von Rastatt, G. Hämmerle, Vorsitzende des Fördervereins, Dr. H. Fliedner, Geschäftsführender Vorstand des Fördervereins, (v.l.n.r.) vor der jetzigen Ausstellung zur DDR in der Erinnerungsstätte.
Foto: R. Wollenschneider

Die Zukunft der Erinnerungsstätte bis zum Jahr 2009

Der Fall der Mauer 1989 und die Wiedervereinigung von 1990 haben Wirklichkeit werden lassen, wofür bereits 140 Jahre zuvor gekämpft wurde: eine freiheitlich-demokratische Grundordnung und einen Nationalstaat, der eingebunden ist in eine friedenssichernde Gemeinschaft europäischer Staaten. Die Neugestaltung der Rastatter Erinnerungsstätte soll daher den Brückenschlag zwischen der Revolution von 1848/49 zur Revolution von 1989 schaffen. Die Freiheitsbewegungen in der DDR sollen zum zweiten Schwerpunkt der Dauerausstellung werden. Damit wird die Erinnerungsstätte ein Alleinstellungsmerkmal im Westen

Deutschlands erhalten und einen Beitrag zur Identität der Deutschen in Ost und West leisten.

AUS DEM INHALT:

Seite	
2	Jahresversammlung des Fördervereins am 3. April
3-7	„Wir sind das Volk“ – Die Deutschen 1848/49 und 1989/90
8	Sonderveranstaltungen in der Erinnerungsstätte
8	Freiheitskolumne
Beigabe: Broschüre zum Bundesarchiv	

Jahresversammlung des Fördervereins am 3. April

Zu ihrer großen Freude konnte Frau G. Hämmerle in der Jahresversammlung viele Gäste begrüßen, unter denen sich neben dem neuen Rastatter Oberbürgermeister H. J. Pütsch auch ihr Nachfolger im Amt des Regierungspräsidenten, Herr Dr. R. Kühner, befanden.

Oberbürgermeister Pütsch füllte sogleich seine Beitrittserklärung zum Förderverein aus, und Herr Dr. Kühner ließ es sich nicht nehmen, auch den Vortrag zur Umgestaltung des Hauses persönlich zu verfolgen. Ebenso konnte sich Frau Hämmerle freuen, dass die Tochter des früheren Bundespräsidenten Heinemann, Frau Wichelhaus, gemeinsam mit ihrem Mann zur Jahresversammlung gekommen war.

In der Jahresversammlung waren neben der Neugestaltung der Erinnerungsstätte der „Jahresbericht 2007“ und der Kassenbericht die vom Vereinsgesetz her gebotenen, notwendigen Themen. Den Kassenbericht erstattete erstmals Stadtrat A. Wafzig. Dieser hatte vor einem Jahr die Kassengeschäfte von Herrn Stadtrat H. Fraß übernommen. 2006 war A. Wafzig



Die Vorsitzende des Fördervereins, Frau Gerlinde Hämmerle (Bildmitte), konnte zu ihrer großen Freude auch den Regierungspräsidenten von Nordbaden, Herrn Dr. R. Kühner, begrüßen sowie den Präsidenten des Bundesarchivs, Herrn Prof. Dr. H. Weber. Foto: Fliedner

Nachwahl im Vorstand

Bei der Vorstandswahl wurden Frau Dr. Pia Nordblom und Herr Roland Obenland aus. Für sie wurden von der Mitgliederversammlung Frau Judith Benke und Herr Dr. Clemens Rehm nachgewählt.



Stadtrat Axel Wafzig, der Schatzmeister unseres Vereins

als Nachfolger von Frau Klimek in den Vorstand nachgerückt. Die Kassenprüfung führte satzungsgemäß Fritzkarl Streckel durch. Außerdem stellte Herr Dr. Chr. Müller-Wirth die von Ehepaar Gautel gestalteten neuen Tafeln für die Ausstellung über Gustav W. Heinemann in der Rastatter



Judith Benke wurde in Ungarn geboren, wo sie an der Lajos-Kossuth-Universität studiert hatte. Die Erfahrung der Unfreiheit eines kommunistischen Systems sensibilisierte sie für die außerordentliche Wertigkeit der Freiheit und Demokratie. Die Diplom-Historikerin arbeitet als Dozentin für Geschichte an der Frauenakademie. Als Geschichtsvermittlerin möchte sie im Vorstand die Belange der Geschichtsvermittler/innen vertreten.



Dr. Clemens Rehm, Archivar beim Landesarchiv Baden-Württemberg (heute Leiter der Stabsstelle des Präsidenten, vorher Generallandesarchiv Karlsruhe). Er hat über das Engagement von Katholiken in der Revolution von 1848/49 promoviert. In den 90er Jahren hat er an der Modernisierung der Ausstellung in Rastatt mitgearbeitet. Sein Bestreben ist es, die Erinnerungsstätte im öffentlichen Bewußtsein der Region stärker zu verankern.

„Wir sind das Volk“ – Die Deutschen 1848/49 und 1989/90

Ein Werkstattbericht über die Neugestaltung der Dauerausstellung der Erinnerungsstätte

Bereits bei der Feier zur Amtsübergabe von Herrn Prof. Dr. Michalka auf Herrn Dr. Pahl hatte Prof. Dr. Hartmut Weber eine Schärfung des Profils der Erinnerungsstätte angekündigt. Diese Weiterentwicklung sollte insbesondere jenen Freiheitsbewegungen breiteren Raum in der Erinnerungsstätte einräumen, die Gustav W. Heinemann Anfang der 1970er Jahre noch nicht hatte voraussehen können: Den Freiheitswillen und Freiheitskampf von Bürgern der DDR.



Gründungsvater der Erinnerungsstätte: Gustav W. Heinemann bei der Eröffnung der Erinnerungsstätte
Bildgeber: Bundesarchiv

Diese Epoche unserer jüngsten gesamtdeutschen Geschichte darzustellen, erfüllt in besonderer Weise jene Aufgabe, die Gustav W. Heinemann der Erinnerungsstätte gegeben hatte, nämlich „jenen Kräften [...] Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“

Der Fall der Mauer 1989 und die Wiedervereinigung von 1990 haben Wirklichkeit werden lassen, wofür bereits 140 Jahre zuvor gekämpft wurde: eine freiheitlich-demokratische Grundordnung und einen Nationalstaat, eingebunden in eine friedenssichernde Gemeinschaft europäischer Staaten.

Die Parallelen zwischen beiden Revolutionen sind offensichtlich: „Wir sind das Volk“ skandierten 1989 selbstbewusste Bürger auf den Straßen in Leipzig, Berlin, Dresden und anderswo und brachten damit den SED-Staat zu Fall. Unter der Parole „Wir sind das Volk“ schlossen sich im Sommer 1849 selbstbewusste



Die Grundrechte des deutschen Volkes von 1849 als Diskussionsgrundlage in der Friedlichen Revolution von 1989
Bildgestaltung und Bildgeber: Manfred Butzmann, Potsdam

Rastatter Bürger mit Soldaten der Garnison zusammen und forderten politische Partizipation, die Inkraftsetzung der Verfassung und die Garantie von Menschenrechten. Es liegt damit auf der Hand, dass die Rastatter Erinnerungsstätte ein prädestinierter Ort ist, um den Bogen zu spannen von der Revolution 1848/49 zur Revolution von 1989. Deshalb sollen die Freiheitsbewegungen in der DDR bis zum Jahr 2009 zum zweiten Schwerpunkt der Dauerausstellung in Rastatt werden.

„Mit diesem neuen Ausstellungsschwerpunkt wird die Erinnerungsstätte zukünftig ein Alleinstellungsmerkmal im Westen Deutschlands besitzen.“

Gerade im Südwesten, wo die DDR räumlich und mental besonders weit weg war, soll die Erinnerungsstätte künftig dieses

jüngste Kapitel der gesamtdeutschen Geschichte veranschaulichen. Die Ausstellung soll zeigen dass die mutigen Menschen in Leipzig, Berlin und Dresden sich nicht nur für sich und die Mitbürger der DDR eingesetzt, sondern für uns alle Leib und Leben riskiert haben – auch für die Schüler aus Rastatt, die Studenten aus Karlsruhe, die Arbeiter aus Offenburg und die Landfrauen aus der Ortenau. Mit diesem neuen Ausstellungsschwerpunkt wird die Erinnerungsstätte zukünftig im Westen Deutschlands ein tatsächliches Alleinstellungsmerkmal besitzen. Daher wird dieses Projekt auch vom Kulturstaaatsminister Bernd Neumann nachdrücklich unterstützt.

Wie notwendig die stärkere Thematisierung der DDR-Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Freiheitsgeschichte im Besonderen ist, zeigt eine neue Studie der Freien Universität Berlin. Dabei wurden 5.000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren aus Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen zur Geschichte der DDR befragt. Die Jugendlichen bewerten die DDR als ein zwar ärmliches, aber skurriles und zuweilen witziges Land. Die Frage, ob die DDR eine Diktatur gewesen sei, wird von 25% der Befragten verneint. 26% der Befragten denken hingegen, dass man sich in der DDR mehr um einander kümmerte und sich half. 30% sind der Auffassung, dass die Stasi ein Geheimdienst war, wie ihn jeder andere europäische Staat heute auch besitzt. Jeder sechste Befragte glaubt, dass die Berliner Mauer von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg erbaut wurde, und jeder siebte Jugendliche hält Helmut Kohl für einen der letzten Politiker der DDR.

„Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, dass deutsche Geschichte gut verläuft. Zum ersten Mal, dass eine deutsche Revolution gelingt.“

Diese Vergessenheit gegenüber der DDR-Geschichte erscheint umso bedauerlicher, wenn man sich bewusst macht, welche Bedeutung dieser Abschnitt deutscher Geschichte für uns spielen könnte. Bereits im Winter 1989 schrieb MARTIN WALSER seine Empfindungen angesichts der Vorgänge in der DDR nieder: „Zum erstenmal in diesem Jahrhundert, dass deutsche Geschichte gut verläuft. Zum erstenmal, dass eine deutsche Revolution gelingt. Die Deutschen in der DDR haben

eine Revolution geschaffen, die in der Geschichte der Revolutionen wirklich neu ist: die sanfte Revolution.“ Jetzt sei die Zeit, so WALSER weiter, „glücklich zu sein, sich zu freuen, dass Deutschen auch einmal Geschichte gelingt.“

Während sich Gustav W. Heinemann stets bewusst war, dass eine demokratische Gesellschaft immer auch positive Identifikationsmöglichkeiten anbieten müsse, um integrieren zu können, wird man sich in der Politik offenbar erst in diesen Tagen dieser Notwendigkeit bewusst.

„Wir sollten ein Mahnmal unseres historischen Glücks errichten.“

So äußerte Wolfgang Thierse am 9. November 2007 in der Bundestagsdebatte über die Errichtung eines nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals: „Wir sollten ein Mahnmal unseres historischen Glücks errichten, damit wir nicht vergessen, wie kostbar und wie verletzlich Freiheit und Einheit sind und wozu uns unser Glück verpflichtet. [...] ein Volk kann vermutlich nicht nur aus seinem Versagen Orientierung gewinnen. Auch wir Deutschen können Ermunterung vertragen, zum Beispiel durch die Erinnerung an die freundlichen Seiten unserer Geschichte, an die Freiheits- und Einheitsbestrebungen, an die Aufbrüche und Anfänge, an die Erfolge, ohne die Widersprüche, das Scheitern, die Schandtaten zu verdrängen, zu vergessen. Also erinnern wir uns an 1848 und 1918, an 1945 und eben an 1989 und daran, dass Einheit und Freiheit zusammengehören und dass das so bleiben soll.“

Das Vorhaben der Erinnerungsstätte ist also nicht nur eine große Herausforderung angesichts der historischen Unkenntnis unter Jugendlichen, sondern zugleich eine große gesellschaftspolitische Chance. Die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ als ein in der Bundesrepublik einzigartiger historischer Lern- und Erfahrungsort eignet sich für diese Herausforderung in besonderer Weise.

„Bei aller Objektivität muss es einen normativen Bezugspunkt der Ausstellung geben: Unsere heutige freiheitlich-demokratische Grundordnung“

Im Mittelpunkt des neuen Ausstellungsteils sollen – in Analogie zum Erdgeschoss – die Handlungsmotive und Zielvorstellung der Oppositionellen und Widerstandsgruppen sowie ihr nonkonformes Handeln in der konkreten Situation stehen. Und auch für den neuen Ausstellungsteil gilt, was für den Ausstellungsteil über 1848/49 gilt: Die Auseinandersetzung mit dem historischen Freiheitskampf soll die Identifikation mit unserer gegenwärtigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung stärken. Bei aller Sachlichkeit und Objektivität der Darstellung soll also auch die neue Ausstellung einen eindeutigen normativen Bezugspunkt haben. Nur dann kann auch die gesellschaftspolitische Intention des Vorhabens erreicht werden, den erfolgreichen Freiheitskampf in der DDR als Teil unserer gesamtdeutschen, demokratischen Identität zu verankern.

Seit dem Frühjahr letzten Jahres nimmt das Gesamtprojekt konkrete Formen an. Im April 2007 wurde von Dr. Pahl ein erstes Ausstellungskonzept vorgelegt und innerhalb des Bundesarchivs diskutiert. Stellungnahmen von Historikern und Experten wurden seitdem eingeholt und das Konzept entsprechend weiterentwickelt. Im November wurde Frau Dr. Irmgard Schwanke als wissenschaftliche Mitarbeiterin mit der Exponatrecherche und der inhaltlichen Ausgestaltung der Ausstellung beauftragt. Es ist hierbei der vorbildlichen Kooperation zwischen der Erinnerungsstätte und ihrem Förderverein, namentlich Frau Hämmerle und Herrn Dr. Flidner zu verdanken, dass Frau Dr. Schwanke derart schnell und unbürokratisch ihre Aufgabe an der Erinnerungs-



stätte aufnehmen konnte.

*Mit der Ausgestaltung der Ausstellung beauftragt: Frau Dr. Irmgard Schwanke
Bildgeber: Schwanke*

Ergänzend zur Ausstellungseröffnung im Herbst 2009 sind zahlreiche Maßnahmen geplant, die zum Erfolg im Sinne einer

nachhaltigen und breitenwirksamen historisch-politischen Bildungsarbeit maßgeblich beitragen werden: Neben einem Begleitkatalog, der die Ausstellung dokumentiert, soll ein Audio-Guide für Einzelbesucher erstellt werden. Für die Arbeit mit Jugendlichen ist entsprechendes Schülerarbeitsmaterial zu erarbeiten. Vorbereitend zur Eröffnung kann ein wissenschaftliches Kolloquium stattfinden, im Anschluss an die Eröffnung ist eine Vortragsreihe mit acht Zeitzeugen geplant, um das Thema einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Schließlich sollen Lehrerseminare abgehalten werden, die die Lehrer mit der neuen Ausstellung vertraut machen und sie einladen, mit ihren Klassen die Erinnerungsstätte zu

Bestehenden im Sinn, nicht dessen Beseitigung. Deshalb finden wir bei den Demonstrationen anfangs nur die Parole „Wir sind das Volk!“ – diese Parole drückte das Selbstbewusstsein der Bürgerbewegung als Teil des Staates aus. Erst später, als Zehntausende auf den Straßen demonstrierten, wandelt sich die Parole zu „Wir sind ein Volk!“ – eine Forderung, die mit dem Weiterbestehen der DDR wohl nicht vereinbar war. In der Konsequenz müsste man die späteren „Mitläufer“ als die eigentlichen Revolutionäre bezeichnen.

Fest steht allein, dass die Bürgerbewegungen mit ihrem oppositionellen Verhalten dafür gesorgt haben, diejenigen Spielräume zu schaffen, in denen sich der

öffentlichen Protest bis hin zu aktiven und aggressiven Handlungen gegen die Staatsmacht. Wo aber die „Opposition“ aufhört und der „Widerstand“ beginnt, lag nicht im Ermessen desjenigen, der handelte, sondern vor allem im Ermessen des Staates.

„Die Verfassung der DDR garantierte die Grundrechte aller Bürger. In der Praxis freilich galten diese Freiheitsrechte nichts.“

Denn natürlich hatte jeder Bürger nach dem Wortlaut der Verfassung der DDR das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, und auch die Unverletzbarkeit der Wohnung war verfassungsmäßig garantiert. In der Praxis freilich galten diese Freiheitsrechte nichts, denn sie wurden staatlicherseits nicht beachtet und waren nicht einklagbar. In der Praxis entschied der Staat, wann eine Versammlung mit brutaler Gewalt aufgelöst und eine Meinungsäußerung verfolgt wurde. Darin liegt ja gerade ein Wesensmerkmal des totalitären Staates, dass der Staat das Recht flexibel handhabte und situativ darüber entscheidet, welche Handlung noch innerhalb des legalen Rahmens liegt und welche aber als staatsfeindlich verfolgt und bestraft werden muss. Nur deshalb konnte es passieren, dass selbst lächerliche Formen unangepassten Verhaltens langjährige Zuchthausstrafen zur Folge haben konnten, etwa das Lesen in der Bibel oder das Tragen von Freiheitsstatuen an der Jacke.

Als Arbeitsbegriff gehen wir deshalb von einem weiten Widerstandsbegriff aus.



*Museumspädagoge Markus Bultmann bei der Arbeit mit Schülern in der Erinnerungsstätte
Bildgeber: Rainer Wollenschneider*

besuchen. Der finanzielle Rahmen des Gesamtprojekts beläuft sich auf ca. EUR 350.000,-, wovon EUR 315.000,- vom Bundesarchiv bereitgestellt werden. Der Rest konnte vom Geschäftsführer des Fördervereins, Herrn Dr. Fliedner, bei verschiedenen Stiftungen akquiriert werden (ein Beitrag dazu folgt im nächsten Freiheitsboten).

Was ist Widerstand?

Eine zentrale Schwierigkeit des Vorhabens besteht in der Definition dessen, was eigentlich mit den Begriffen „Widerstand“ und „Opposition“ gemeint ist. Die verschiedenen Typen widerständigen Verhaltens sind bis heute weder ausreichend erforscht noch abschließend klassifiziert. Obwohl die Umbrüche von 1989/90 als eine „Revolution“ bezeichnet werden, verstanden sich die Mitglieder der Bürgerbewegungen der 1980er Jahre in der DDR nicht als „Widerständler“. Die meisten von ihnen hatten eine Reform des

Diskurs entfalten und artikulieren konnte, der schließlich zum Sturz Honeckers, zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung führte. Fest steht auch, dass wir in den 40 Jahren DDR die verschiedensten Formen unangepassten Verhaltens finden: von stillem Rückzug ins Private über aktive Verweigerung, Ungehorsam und



Teilnehmer der Montagsdemonstration in Leipzig 1989

Bildgeber: Bundesarchiv

Widerstand bezeichnet danach alle Handlungen und Äußerungen, die mit dem Ziel der Schwächung und/oder Beseitigung des bestehenden Systems und im Bewusstsein eines hohen persönlichen Risikos geschehen. Dieser weite Widerstandsbegriff kommt dem Begriff der „Freiheitsbewegungen“ sehr nahe. Letzterer hat gegenüber dem Widerstandsbegriff den Vorteil, dass er den Bezugspunkt des Handelnden, die Freiheit, klar zum Ausdruck bringt. Denn nicht jeder Protest gegen das bestehende System ist zugleich auch freiheitlich gemeint.

Die Ausstellung wird sich in drei Großbereiche gliedern. Die Ereignisse von 1989/90 haben singuläre Bedeutung und müssen daher im Rahmen eines eigenen Ausstellungskapitels gewürdigt werden. Dennoch war das eruptive Ende der DDR 1989 nur der Schlusspunkt eines langen, wenn auch nicht kontinuierlichen Prozesses, so dass den vorangehenden „Stationen“ der DDR-Freiheitsgeschichte (in Auswahl) ebenfalls ein eigener Ausstellungsteil gewidmet werden soll. Ein drittes Kapitel der Ausstellung soll die „Jugend in der SED-Diktatur“ thematisieren. Dieses Kapitel trägt zum einen der Hauptzielgruppe der Erinnerungsstätte Rechnung, zum anderen dem Umstand, dass die nachwachsende Generation immer einem besonderen Manipulationsdruck seitens des totalitären Staates ausgesetzt ist und zudem auch für Manipulationen besonders empfänglich ist. Umso aufschlussreicher wird es sein, denjenigen jugendlichen Biografien nachzugehen, die sich der sozialistischen Lebens- und Denkweise verweigert haben, die durch ihr nonkonformes Verhalten auffielen, die Widerstand leisteten.

„Die Ausstellung soll Geschichten von Menschen erzählen, die sich gegen die SED-Diktatur gewehrt haben.“

Das Ausstellungskonzept sieht eine Gliederung in mehrere Informationsebenen vor: Auf der obersten Informationsebene wird in das Thema des Raumes eingeführt. Dies geschieht anhand eines Raumtextes und eines zentralen Exponates oder großformatigen Fotos. Auf einer Ebene darunter werden auf Texttafeln Informationen zu bestimmten Teilbereichen gegeben. Eine dritte Ebene bietet dem Besucher schließlich vertiefende Einblicke anhand von Dokumenten, Fotos, Filmausschnitten,

Hörstationen, dreidimensionaler Exponate oder andere Installationen. Von besonderer Bedeutung werden auf dieser Ebene biographische Zugriffe sein. Es sollen in der Ausstellung Geschichten erzählt werden, Geschichten von Menschen, die sich gegen die SED-Diktatur gewehrt haben. Trotz ihrer Individualität stehen sie exemplarisch für die DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die für die eigene Freiheit und die Freiheitsrechte im Allgemeinen gekämpft haben.

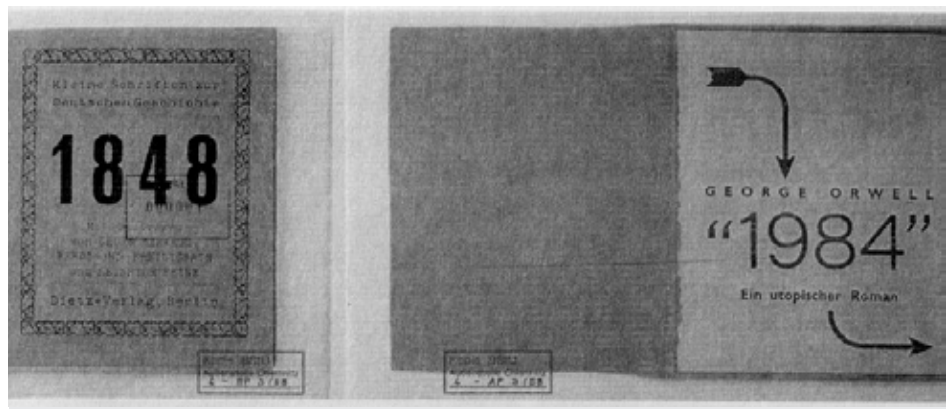
Eine solche Geschichte könnte die folgende sein:

„Die Werdauer Oberschüler zwischen Abschlussball und Gefängnis“

„Wir alle sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit. Weg mit den Volksverrätern, wählt mit Nein.“ So steht es auf Flugblättern, die 1950 im sächsischen Werdau verbreitet werden und die die Scheinwahlen zur Volkskammer im Herbst des Jahres kritisieren. Die Urheber sind Schülerinnen und Schüler der örtlichen Oberschule. Beeindruckt von den Aktionen der Mitglieder der „Weißen Rose“ und von der Lektüre des Romans „1984“ von George Orwell, in einigen Fällen auch geprägt durch die Zugehörigkeit zur evangelischen „Jungen Gemeinde“, schließen sie sich zu einer Widerstandsgruppe

Jahren der Demütigung und Schikane in verschiedenen Gefängnissen, in denen sie unter der katastrophalen Lebensmittelversorgung und den schlechten hygienischen Zuständen leiden, wird der Letzte der Inhaftierten 1956 begnadigt. Doch auch der Neuanfang nach der Haft ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die jungen Frauen und Männer durften ihre Schulabschlüsse nicht nachholen, ebenso werden ihnen bei der Suche nach anderen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten Steine in den Weg gelegt. Fast alle fliehen bald in den Westen, werden dadurch jedoch erneut von ihren Familien getrennt. Die Verhaftungen markieren einen radikalen Bruch im Leben und in den Lebensentwürfen der Jugendlichen.

Bei der Musealisierung dieser „Geschichte“ könnten persönliche Dokumente und Fotos der Betroffenen zum Einsatz kommen, um deren Lebenshintergrund und deren Motivation zu veranschaulichen. So symbolisiert das abgebildete Foto der Jugendlichen beim Tanzball die Zuversicht dieser Generation. Die jungen Leute blicken nach dem Krieg in eine hoffnungsvollere Zukunft. Sie stehen kurz vor dem Schulabschluss, schmieden Studien- und Berufspläne, es werden erste Verlobungen geschlossen. Die politischen Verhältnisse in der neu gegründeten DDR und die Entscheidung, sich dagegen zur Wehr zu setzen, durchkreuzen diese Pläne jedoch. Ein Jahr später sitzen neun der Tänzerinnen und Tänzer im Zuchthaus. Auf einer zweiten Ebene müsste ihre



Orwells Roman ist in der DDR verboten. Eine Tarnschrift, die an der Oberschule Werdau in Umlauf ist, verweist auf dem Deckblatt auf ein Buch zur Geschichte des Jahres 1848.

Bildquelle: Achim Beyer: Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ 1951, Leipzig 2003, S. 25.

zusammen, die Flugblätter entwirft und in Umlauf bringt.

Im Mai 1951 wird die Gruppe aufgedeckt, alle Beteiligten werden festgenommen. Die 17 Schülerinnen und Schüler, die zu diesem Zeitpunkt zwischen 16 und 19 Jahre alt sind, werden zu Zuchthausstrafen von zwei bis 15 Jahren verurteilt. Nach

Aktion selbst dargestellt und erläutert werden: Die Flugblätter selbst, aber auch die Druckmaschine, mit der diese hergestellt wurden, wären eindrucksvolle Exponate. Die staatliche Reaktion – Verhaftung, Gerichtsverhandlung, Strafmaß, Haftbedingungen – müssten der „Tat“ gegenüber gestellt werden.



Tanzstundenabschlussball in Werda 1950.

Bildquelle: Achim Beyer, a.a.O., S. 15.

Schließlich könnte dem Besucher die Möglichkeit gegeben werden, über das Abrufen von Interviews mit den handelnden Personen, die Bewertung aus der Rückschau, aber auch Hintergründe und persönliche Motive genauer nachzuvollziehen.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR, dass gerade auch Jugendliche und junge Erwachsene mutig für Freiheitsrechte eintraten und viel dafür aufs Spiel setzten. Die Werdauer Oberschülerinnen und -schüler könnten dafür ein Beispiel sein. Gerade junge Besucher der Ausstellung sollen mit derartigen

Beispielen in ihrer Lebenswelt angesprochen und durch die Auseinandersetzung mit dem historischen Freiheitskampf in ihrer Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung unterstützt werden. Wenn die Besucherinnen und Besucher darüber hinaus die Parallelen sehen, die zwischen der Revolution von 1848/49 und den Freiheitsbestrebungen in der DDR bestehen – man denke nur an den Wunsch der Werdauer Jugendlichen nach nationaler Einheit oder an die Forderungen von 1989 nach Pressefreiheit und demokratischen Wahlen – wären wesentliche Ziele der neuen Ausstellung erreicht.

Freiheit und Unfreiheit am Beispiel Offenburgs und Rastatts neu untersucht

Der Oberstudienrat und langjährige Museumspädagoge der Erinnerungsstätte Dr. Markus Bultmann hat eine bemerkenswerte Studie zu den beiden menschlichen Grunderfahrungen im 19. Jahrhundert – Freiheit und Unfreiheit – vorgelegt. Am Beispiel Rastatts und Offenburgs geht der Autor den Wurzeln

deutscher Demokratie-tradition nach und stellt dabei den Begriff der „Erfahrung“ in den Mittelpunkt seiner Analyse. Im zweiten Teil des Buches stellt Bultmann die von ihm entwickelten Schülerarbeitsmöglichkeiten der Erinnerungsstätte vor. Auf der beigelegten CD-Rom findet sich vielfältiges Quellenmaterial.

Bultmann, der seit September 2003 mit Unterstützung des Fördervereins die museumspädagogische Arbeit an der Erinnerungsstätte leistet, konnte in das Buch auch seine Praxiserfahrungen aus dem Schulalltag einbringen. Weitere Informationen auf unserer Webpage.

Foto: Rainer Wollenschneider



Das Buch von Markus Bultmann „Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49. Darstellung – Vermittlung – Dokumentation“ ist im Buchhandel oder beim Förderverein zu

Dank an die Förderer:

„Hertie-Stiftung“, Körper-Stiftung und „Stiftung Aufarbeitung“

Die gemeinnützige Hertie-Stiftung hat die Erinnerungsstätte mit einem Betrag von EUR 2.500,- bei der Ausstattung eines pädagogischen Raumes unterstützt. Dieser war für die Unterrichtung vor allem von Schulklassen bei ihren Besuchen dringend nötig.

Einen herzlichen Dank an die Stiftung, die vor zwei Jahren bereits den Katalog der Robert Blum Ausstellung mit EUR 2.500,- gefördert hatte!

Für die Neugestaltung der Dauerausstellung der Erinnerungsstätte hat die Körper-Stiftung bereits eine Unterstützung in Höhe von EUR 10.000,- zugesagt. Zudem wird die „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ einen Betrag von EUR 30.000,- zur Verfügung stellen. Auch dafür sei an dieser Stelle bereits gedankt. Ein Bericht wird im nächsten Freiheitsboten folgen.

IMPRESSUM

Der "Rastatter Freiheitsbote" ist das Mitteilungsblatt des Fördervereins Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und erscheint zweimal jährlich.

V.i.d.P. Inhalt und Layout:

Dr. Hans-Joachim Fliedner, Dr. Henning Pahl und Fritzkarl Streckel

Herstellung: Schmidt & Streckel KG, Baden-Baden-Oos / Rastatt

Texte namentlich gezeichnet, sonst von der Redaktion;

Bilder: Wollenschneider, Fliedner, Ott, Bundesarchiv, Butzmann, Beyer

Telefon Erinnerungsstätte (07222) 77139-0,

Fax (07222) 77139-7

Homepage:

www.erinnerungsstaette-rastatt.de

Vorsitzende Gerlinde Hämmerle, Regierungspräsidentin a.D.

Konten des Fördervereins:

Volksbank Baden-Baden/Rastatt EG (BLZ 662 900 00) 305 268 05,

Sparkasse Rastatt-Gernsbach (BLZ 665 500 70) 111 849

„Evangelische Freiheit im Vormärz“

Prof. Dr. Manfred Wichelhaus

Als die Rheinländer 1815 Preußen wurden, unterstellte König Friedrich Wilhelm III. die Protestanten seinem landesherrlichen Kirchenregiment. Er berief ein evangelisches Konsistorium für die neue Rheinprovinz und ernannte einen königlichen Generalsuperintendenten.

Für evangelische Gemeinden, die vorher im Herrschaftsbereich katholischer Landesherren schon bestanden, war das enttäuschend. Sie hatten sich durch gewählte Presbyterien und Synoden selbst verwaltet und geleitet. Nun mussten sie eine preußische Landeskirchenverfassung hinnehmen. „Eine reingeistliche republikanische Verfassung“ lehnte die Regierung entschieden ab. Der König ließ aber auch die Gottesdienstordnungen solcher Gemeinden nicht gelten. Er erließ eine einheitliche Gottesdienstordnung für seine Landeskirche von der Maas bis an die Memel.

Gegen widerständige Gemeinden erkämpfte der König sein Kirchenregiment auch mit polizeilicher oder militärischer Gewalt. Gottfried Daniel Krummacher (1774-1837), Pfarrer der reformierten Gemeinde Elberfeld, sagte dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz Ernst von Bodenschwingh 1835 ins Gesicht: „Ich bin Sr. Majestät unterthänigster Unthertan in allen Dingen, welche das leibliche Leben betreffen; will aber der König in die kirchlichen u. geistlichen Angelegenheiten gebietend eingreifen, so ist er mir ein Gegenstand des tiefsten Abscheus“.

Krummacher forderte die Freiheit der Christenmenschen, nicht Freiheiten für das leibliche Leben. Er starb vor dem Ende eines Disziplinarverfahrens gegen ihn. Die überwältigende Mehrheit der evangelischen Gemeinden folgte den „Forderungen des Volkes“ (1847) nicht. Gehorsam aufs Wort des Herrn hatten sie gelernt, Gehorsam aufs Wort des Landesherren hatten sie dazugelernt.

Weiterführende Literatur zu diesem Thema: Manfred Wichelhaus, Einheit und Freiheit im preußischen Kirchenkampf des 19. Jahrhunderts in:

Monatshefte für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes, 25(1976), S.: 35ff.

Sonderveranstaltungen in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte

Im Herbst/Winter 2007 standen erneut zahlreiche Sonderveranstaltungen auf dem Programm, die den Charakter der Erinnerungsstätte als Ort historisch-politischer Bildung und Diskussion unterstrichen.

Das Zeitzeugengespräch am 9. November wurde 2007 erstmals mit zwei Zeugen der SED-Diktatur gestaltet: Lothar Lienicke und Franz Bludau berichteten den ca. 300 anwesenden Schülerinnen und Schülern von ihren Erfahrungen mit dem SED-Unrechtsregime. Lienicke wurde in jungen Jahren als politischer Häftling für drei Jahre in Haft gesetzt, bis er von der Bundesrepublik frei gekauft werden konnte. 1976 erlebte



Zeitzeugen Franz Bludau, Lothar Lienicke in der Diskussion (v.l.n.r.) Foto: Tanja Ott

er aus nächster Nähe die Erschießung Michael Gartenschlägers durch ein Sondereinsatzkommando der DDR-Staatssicherheit. Gartenschläger hatte versucht, eine von der SED in Auftrag gegebene Selbstschussanlage an der innerdeutschen Grenze zu demontieren.

Prof. Gunter Kaufmann hatte den Anstoß zu einer Matinée aus Anlass des 200. Geburtstags von Robert Blum gegeben. Zu dieser Kooperationsveranstaltung zwischen Erinnerungsstätte und Rastatter SPD am 10. November 2007 fanden sich ca. 60 Zuhörer ein. Dr. Henning Pahl betonte in seiner Ansprache die Bedeutung Blums als Vorkämpfer



Musikalischer Beitrag von Roland Walter, in der ersten Reihe Mitte U. Oelschläger, Prof. G. Kaufmann, Bgm. A. Pfirrmann, Dr. H. Pahl (v.l.) Foto: Rainer Wollenschneider

unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und eines vereinigten, friedenssichernden Europas. Im Anschluss daran würdigte Peter Hank die Rastatter Ereignisse im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht. Hank wies auf die Deportationen von jüdischen Bürgern von Rastatt nach Gurs hin und erläuterte das Schicksal des im Dörfel wohnenden Josef Julius Mayer.